

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 19. Februar 2026 · Nr. 42/8 D1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

4,10 € F.A.Z. im Internet: faz.net

## Spekulation über Abschied von Lagarde

sibi. FRANKFURT. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat einen Bericht, dem zufolge EZB-Präsidentin Christine Lagarde ihr Amt vorzeitig niederlegen könnte, nur halbherzig dementiert. Lagarde sei „voll und ganz auf ihre Aufgabe konzentriert und habe keine Entscheidung bezüglich des Endes ihrer Amtszeit getroffen“, sagte ein Sprecher. Die Zeitung „Financial Times“ hatte berichtet, es werde damit gerechnet, dass Lagarde die Notenbank vor dem regulären Ende ihrer Amtszeit im Oktober 2027 verlassen werde. Sie berief sich auf „eine Person, die mit ihrer Denkweise vertraut ist“. Dem Bericht zufolge würde Lagarde auf diese Weise Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron Zeit verschaffen, ihre Nachfolge vor der französischen Präsidentschaftswahl im April 2027 zu regeln. Die Wahl könnte der Rassemblement National gewinnen. Der französische Notenbankchef François Villeroy de Galhau, der seinerseits seinen Posten im Juni räumen wird, sprach von einem Gerücht. Holger Schmieding, der Chefvolkswirt des Hamburger Bankhauses Berenberg, meinte hingegen: „Ein plausibler Bericht über eine mögliche Option.“ (Siehe Wirtschaft, Seite 17.)

## Seid endlich wie wir!

Verkehrte Welt: Ost und West betreiben Identitätspflege und immobilisieren sich wechselseitig.

Staat und Recht, Seite 6

## Frau Bundespräsidentin?

Anfang nächsten Jahres muss entschieden werden, wer auf Steinmeier folgt. Und schon kursieren Namen.

Politik, Seite 3

## Getanztes Gewaltgefühl

Die Swiss Dance Days sind eine faszinierende Leistungsschau von Choreographien mit internationalem Potential.

Feuilleton, Seite 11

## Nur 1800 Klinikbetten

Der höchste deutsche Sanitätsoffizier Ralf Hoffmann spricht über Vorbereitungen für den Ernstfall.

Wirtschaft, Seite 18

## Geächtete Athleten

Russlands Sportminister droht Sportlern, die bei Olympia für ein anderes Land antreten. Die Einschüchterung wirkt.

Sport, Seite 30

## Getränk des Himmels

Der Champagner hat Reims reich gemacht. Doch der Trank der Schönen und Reichen soll nun alltagstauglich werden.

Reiseblatt, Seite 11

Briefe an die Herausgeber, Seite 14

## 2000 verschleppte Kinder sind zurück in der Ukraine

og. FRANKFURT. Mehr als 2000 von Russland verschleppte Kinder sind wieder in der Ukraine. „Heute haben wir ein bedeutendes Ergebnis erreicht“, schrieb Präsident Wolodymyr Selenskyj am Dienstag auf der Plattform X. Kiew wirft Moskau vor, seit dem Großangriff 2022 etwa 20.000 ukrainische Kinder entführt zu haben. Der Internationale Strafgerichtshof erließ deswegen einen Haftbefehl gegen Russlands Staatschef Wladimir Putin und seine Kinderrechtsbeauftragte. Indes endeten am Mittwoch in Genf die Gespräche über ein Kriegsende ohne Durchbruch. (Siehe Kommentar Seite 8.)

## Wer kommt heute dran?



**Talkshows** – Noch fordert keiner eine Altersbeschränkung für politische Talkshows. Ein maximales Dienstalter für Studiogäste allerdings, gemessen in Sesseln pro Monat, wäre wohl mehrheitsfähig. Die Sender aber fürchten neue Figuren: Wenn nicht vorab feststeht, ob einer als Kasperle,

Wachtmeister oder Prinzessin zu Lanz, Miosga oder Illner kommt – die Folgen wären unabsehbar! Und, Hand aufs Herz: Schalten wir nicht sowieso nur ein, weil wir vorher wohl wissen, dass wir uns nachher aufregen können? Also: Schnell zappen zu den Seiten 9, 12 und 13! Foto: Interfoto

## Günther fordert schnellstmögliche Social-Media-Verbot bis 16 Jahre

„Nächste Generationen nicht diesen Exzessen aussetzen“ / Merz zeigt sich offen

kum/jib. SCHLESWIG-HOLSTEINS Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) spricht sich vehement für ein Verbot sozialer Medien für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren aus. „Wir müssen so schnell wie möglich handeln, um sicherzustellen, dass die nächsten Generationen im sensibelsten Alter nicht den Exzessen ausgesetzt sind, die dort stattfinden“, sagt Günther im Interview mit der F.A.Z. Auf den Plattformen kämen die Kinder mit Horrorfilmen, Gewalt, Pornographie, Pädophilie, KI-gesteuerter Kommunikation, Mobbing sowie mit „Schönheitsidealen, die in die Magersucht treiben“, in Berührung. Damit könnten Kinder nicht umgehen. Das Beispiel Australien zeige, dass ein Verbot durchsetzbar sei.

Günthers Landesverband will auf dem Freitag beginnenden Bundesparteitag der CDU einen Antrag zum Thema soziale Medien einbringen. Auch Kanzler und CDU-Parteichef Friedrich Merz zeigte sich offen für ein Social-Media-Verbot. Er sei zwar generell skeptisch, was Verbote angehe, sagte Merz dem Podcast „Machtwechsel“. Beim Thema Social Media sei er aber Gefahren für Minderjährige. „Das Argument, man muss Kinder heranführen, damit sie es können, trägt ehrlich gesagt nicht“, sagte er. „Dann müssten sie auch Alkohol schon in der Grundschule ausgeben, damit sie sich daran gewöhnen.“ Zur Forderung aus der SPD, die Nutzung sozialer Medien nur bis zu einem Alter von 14 Jahren zu verbieten, sagte Günther, er halte 16 Jahre für die richtige

Altersgrenze, sei aber offen für Debatten. Den Plattformbetreibern warf er vor, das Suchtverhalten mittels Algorithmen noch zu unterstützen. Appelle und bisherige Vereinbarungen hätten keine Wirkung gezeigt, obwohl Radikalisierung und psychische Probleme aufgrund des Social-Media-Konsums immer mehr zunähmen.

Zum Streit mit dem Portal Nius, dem Günther vorgeworfen hatte, falsche Meldungen zu verbreiten, sagte er, was nach seinen Äußerungen passiert sei, habe „alles bestätigt, was ich gesagt habe“. Derlei Onlineportale verfolgten eine politische Agenda und verfälschten Aussagen. Es sei richtig, darüber zu sprechen, dass es einen Unterschied zwischen Journalismus und politischer Agitation sogenannter alternativer Medien gebe. (Siehe Seiten 2 und 3.)

## Paris reagiert mit Unverständnis auf Merz

Kanzler zweifelt an gemeinsamem Kampfflugzeug / Macron will an FCAS festhalten

mic/mawy. PARIS/BERLIN. Mit Blick auf die nukleare Abschreckung will der französische Präsident Emmanuel Macron „dem Erfolg des Kampfflugzeugsystems FCAS verpflichtet bleiben“. Der Elysée-Palast reagierte damit auf Äußerungen von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU), der grundsätzliche Zweifel an einem gemeinsamen Kampfflugzeug vortrug. Der Bundeskanzler hatte im Podcast „Machtwechsel“ geäußert, die Anforderungen Frankreichs und Deutschlands an das Kampfflugzeug der nächsten Generation, den Kern von FCAS, seien sehr unterschiedlich. „Ich möchte die Frage jetzt geklärt wissen: Brauchen wir eigentlich noch in 20 Jahren von heute ein bemanntes Kampfflugzeug?“, sagte Merz. „Brauchen wir das

noch, das wir dann ja mit hohem, hohem Aufwand entwickeln müssen?“ Ein Regierungssprecher sagte hingegen am Mittwoch, „Die Bundesregierung arbeitet an der Fortsetzung dieser Partnerschaft, nicht an der Auflösung.“ Bis Ende des Monats wird eine Entscheidung über die Zukunft von FCAS erwartet. Der Elysée-Palast erinnerte daran, dass man sich 2018 auf ein gemeinsames Flugzeug festgelegt habe, das den entsprechenden Anforderungsprofilen der beteiligten Streitkräfte entspreche. „Die militärischen Anforderungen der drei beteiligten Staaten haben sich nicht verändert“, hieß es aus dem Elysée. Von Anfang an sei das Flugzeug so angelegt worden, dass es für die nukleare Abschreckung Frankreichs eingesetzt werden könne. „Angesichts der

strategischen Bedeutung für unser Europa wäre es unverständlich, wenn industrielle Differenzen nicht beigelegt werden könnten“, äußerte das Präsidialamt weiter.

Merz machte zudem deutlich, dass Deutschland keine eigene Atombombe entwickeln solle: „Ich möchte nicht, dass Deutschland über eine eigenständige atomare Bewaffnung nachdenkt“, sagte er. Merz zeigte sich jedoch abermals offen für eine ergänzende europäische Lösung zur bisherigen nuklearen Abschreckung. „Wir haben atomwaffenfähige Flugzeuge in der Bundeswehr“, sagte er. „Wir wären in der Lage, sie zu transportieren – amerikanische Atomwaffen. Denktheoretisch wäre möglich, das auch für die britischen und für die französischen Atomwaffen gelten zu lassen.“ (Siehe Seite 4.)

## Cyberangriff auf Deutsche Bahn

fne. FRANKFURT. Die Deutsche Bahn ist Opfer eines „erheblichen“ Cyberangriffs geworden. Der Konzern teilte am Dienstagnachmittag mit, die IT-Infrastruktur sei seit Dienstagnachmittag mit massiven Angriffen gezielt überlastet worden. Betroffen waren unter anderem die Anwendung „DB Navigator“ sowie Ticketkäufe. Fahrgäste berichteten, dass in einigen Zügen keine Fahrkartenskontrolle möglich war. Erst am Mittwochmorgen konnten die meisten digitalen Dienste der Deutschen Bahn wieder wie gewohnt genutzt werden. Die Angriffe dauerten nach Bahnangaben aber weiter an.

## Kulturstaatsminister verteidigt Berlinale

S.K. FRANKFURT. Nachdem der Berlinale und ihrem Jurypresidenten Wim Wenders in einem offenen Brief mangelnde Positionierung zum Gazakrieg vorgeworfen wurde, hat sich Kulturstaatsminister Wolfram Weimer (parteilos) hinter das Festival gestellt. Die Berlinale sei keine Nichtregierungsorganisation „mit Kamera und Regie“, sagte er, sondern ein Ort, an dem sich Filmschaffende entfalten und offen diskutieren könnten. Der Brief war im Branchenblatt „Variety“ veröffentlicht und von mehr als achtzig internationalen Filmkünstlern unterzeichnet worden, darunter Tilda Swinton und Javier Bardem.

## Eishockey-Nationalteam scheidet bei Olympia aus

F.A.Z. MAILAND. Das deutsche Eishockey-Team ist bei den Olympischen Spielen nach einer enttäuschenden Leistung im Viertelfinale ausgeschieden. Die mit zahlreichen Profis aus der NHL gespickte Mannschaft unterlag am Mittwochmittag gegen die Slowakei überraschend deutlich mit 2:6. Damit ist der Traum von einer abermaligen Olympiamedaille nach Silber 2018 geplatzt. Auch die Skirennläuferinnen Lena Dürr und Emma Aicher gingen am Mittwoch im Slalom leer aus. Bronze gewannen dafür Laura Gimmler und Coletta Rydzek im Langlauf-Teamsprint. (Siehe Sport.)

## Die Berlinale als Gesinnungsschleuse

Von Sandra Kegel

Der offene Brief von achtzig internationalen Filmkünstlern, die sich „entsetzt über das institutionelle Schweigen der Berlinale zum Völkermord an den Palästinensern“ zeigen, hat den falschen Adressaten. Die Berlinale ist ein Festival, kuratiert, streitbar, manchmal nervig, aber sie ist weder das Außenministerium noch die Pressestelle des Kanzleramts und auch kein diplomatischer Krisenstab. Wer politische Entscheidungen, Einladungen, Absagen oder Staatsräson verhandeln will, möge das tun, aber auf Augenhöhe und mit dem richtigen Gegenüber. Hier wird ein Kulturtreue zum Prügelknaben gemacht, weil es so einfach ist, einen Festivalapparat zu übernehmen, ist ein Kategorienfehler. Und

und Lautsprecher sein. Die Filme sind dann nur noch Vorprogramm. In dieses Drehbuch geriet Wim Wenders als Jurypresident. Als Erste sagte die indische Autorin Arundhati Roy ihren Auftritt mit Verweis auf Wenders ab, der auf die Frage, warum sich die Jury nicht zu Gaza positioniere, erwidert hatte, dass eine Filmjury sich aus der Politik heraushalten solle. Mit Werken begebe man sich zwar auf das Feld der Politik, aber als „Gegengewicht“ zur Politik, so Wenders: „Wir müssen die Arbeit der Menschen machen und nicht die Arbeit der Politiker.“

Was vünftig klingt, wird von den Protestlobbys scharf kritisiert. Doch von einem Juror zu verlangen, eine politische Sprechrolle zu übernehmen, ist ein Kategorienfehler. Und von der Berlinale staatspolitische Haltung zu verlangen, macht aus einem Kunstreignis eine Gesinnungsschleuse. Das verengt den Diskursraum der Kultur. Nicht, weil Kultur unpolitisch wäre, sondern weil sie politische Verantwortlichkeit nicht ersetzen kann. Wer das verwechselt, fordert nicht mehr Moral, sondern weniger Kunst.

## Die Furcht des Kanzlers vor der Bombe

Von Berthold Kohler

Bundeskanzler Merz „möchte nicht, dass Deutschland über eine eigenständige atomare Bewaffnung nachdenkt“. Diesen frommen Wunsch müsste er nicht äußern, wenn es nicht Gründe dafür gäbe, über das lange Udenkbare nun doch nachzudenken. Aber es gibt sie, und deshalb wird auch über das letzte Tabu der deutschen Sicherheitspolitik nachgedacht, in Deutschland und anderswo. Bei einer zentralen Frage der nationalen Sicherheit nicht alle Optionen wenigstens zu durchdenken, wäre verantwortungslos.

Deutschland ist, wie ganz Europa, mit einer doppelten Zeitenwende konfrontiert: Putin hat der europäischen Friedensordnung den Krieg erklärt, und Trump fühlt sich nicht dazu berufen, sie gegen den Aggressor aus dem Osten zu verteidigen. Ein Hauptgrund, warum aber auch die Europäer die erste Verteidigerin ihrer Freiheit und Sicherheit, die Ukraine, nicht so massiv unterstützen, dass Russland an den Rand einer Niederlage geriete, ist die Angst vor der Eskalation bis zum Atomwaffeneinsatz. Schon seit dem Überfall auf die Krim sichert Putin seine Angriffs- und Vernichtungskrieg mit seinem eigenen Atomschirm ab.

Und des Kremls Abschreckung funktioniert. Das Zögern der Regierung Scholz bei der Lieferung jedes Großwaffensystems an die Ukraine ist ebenso ein Beleg dafür wie die Weigerung des Kanzlers, Kiew den Taurus zu überlassen, was er als Oppositionsführer verlangt hatte. Trump entzieht der Ukraine sogar die Unterstützung und drängt sie dazu, Putin noch mehr Land und Leute abzutreten, als der schon geraubt hat. Solches Appeasement kann Putin nur als Anreiz zur Fortführung seiner revisionistisch-imperialistischen Agenda verstehen.

In dieser Situation sind insbesondere die „nuklearen Habenichtse“ in Europa mindestens so sehr wie in den heftigsten Phasen des ersten Kalten Krieges auf den Schutz durch den Atomschirm der Supermacht USA angewiesen. Schon immer gab es Zweifel, ob die Amerikaner in einem Konflikt mit den Russen in und um Europa bis auf die oberste Sprosse der Eskalationsleiter steigen würden, auf der ihre eigene Existenz gefährdet wäre. Trump aber hat diese Zweifel durch seine Haltung zu Europa und im Umgang mit den Verbündeten (Grönland) bis an den Punkt vergrößert, an dem Putin glauben kann, einen Krieg gegen europäische NATO-Staaten führen zu können, ohne in einem nuklearen Schlagtausch mit den Amerikanern zu landen.

Man kann – muss aber nicht – zu dem Schluss kommen, dass die völkerrechtlichen Hürden für eine deutsche Bombe zu hoch und die (sicherheits-)politischen Folgen zu nachteilig wären. Immer wieder genannte Risiken wären das offizielle Zuklappen des amerikanischen Schutzschilds (das also für möglich gehalten wird) und das Brechen der Nichtverbreitungsdämme, wenn auch Deutschland zur Atommacht werden wollte.

Immer nur zu deklamieren, dass Deutschland weiter existenziell auf die erweiterte US-Abschreckung angewiesen sei, beseitigt jedoch das Glaubwürdigkeitsproblem nicht, das den Namen Trump trägt; es vergrößert nur dessen Erpressungspotential. Und andere Staaten müssen nicht zwangsläufig abwarten, ob Berlin seine Belehrungsängste überwindet, für die es auch innenpolitische Gründe gibt. Der polnische Präsident Nawrocki hat, obwohl er Trump geradezu verehrt, schon über die polnische Bombe nachgedacht. Er will sie haben.

Über eine deutsche Atombewaffnung nicht einmal nachdenken? Das wäre fahrlässig.

nach dem amerikanischen Modell würde im Übrigen voraussetzen, dass die Luftwaffe geeignete Trägersysteme dafür hätte. Deutschland würde FCAS, wie Merz einwendet, tatsächlich nicht für einen Flugzeugträger brauchen, den es (noch) nicht hat, wohl aber, um französische Atombomben ins Ziel bringen zu können.

Angesichts der Unsicherheit, wie verlässlich der amerikanische Atomschirm noch ist und wie abschreckend die französischen und britischen Schirme auf Putin wirken, ist nicht das Nachdenken über eine deutsche Atombewaffnung (wie schon unter Adenauer) fahrlässig, sondern das Nichtnachdenken.

Man kann – muss aber nicht – zu dem Schluss kommen, dass die völkerrechtlichen Hürden für eine deutsche Bombe zu hoch und die (sicherheits-)politischen Folgen zu nachteilig wären. Immer wieder genannte Risiken wären das offizielle Zuklappen des amerikanischen Schutzschilds (das also für möglich gehalten wird) und das Brechen der Nichtverbreitungsdämme, wenn auch Deutschland zur Atommacht werden wollte.



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de

Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,90 € / Kanaren, Balearen 5,10 € / Schweiz 5,90 sfrs